

RESEARCH

Partizipation im digitalen Staat: Möglichkeiten und Bedeutung digitaler und analoger Partizipationsinstrumente im Vergleich

Damaris Fischer, Fabio Brändle, Alexander Mertes, Lyn E. Pleger, Alexander Rhyner und Bettina Wulf

Zurich University of Applied Sciences (ZHAW), CH

Corresponding author: Damaris Fischer (fisd@zhaw.ch)

Mit der fortschreitenden Digitalisierung eröffnet sich für Verwaltungen die Möglichkeit, durch den Einsatz sogenannter E-Partizipationsinstrumente, Bürgerbeteiligung auch digital anzubieten. Dieser Artikel stellt sich die Frage, welche Chancen und Risiken bezüglich des Prozesses, der Akzeptanz und der Ergebnisse bei digitaler Partizipation im Vergleich zu analoger zu erwarten sind. Zur Beantwortung dieser Frage werden verschiedene Partizipationsinstrumente bewertet, von denen sowohl eine digitale als auch eine analoge Form existiert. Um diese Bewertung vorzunehmen, wurde auf Basis einer Literaturrecherche ein Kriterienkatalog erarbeitet. Die Resultate der Gegenüberstellung zeigen die in der Literatur diskutierten Vorteile von digitalen gegenüber analogen Partizipationsinstrumenten, wie geringerer Zeitaufwand, tiefere Kosten, einfachere Zugänglichkeit sowie ein höheres Inklusionspotential auf. Gleichzeitig wird deutlich, dass digitale Instrumente zwar bezüglich Prozesskriterien den analogen Formen überlegen sind, sie dafür jedoch schlechter bezüglich Argumentationsmöglichkeiten und Aktivierungspotential abschneiden.

Schlagworte: Digitalisierung; Digitale Transformation; E-Partizipation; E-Government; Verwaltung; Schweiz

The ongoing digitization gives rise to the possibility for administrations to offer citizen participation digitally by using so-called e-participation offerings. This paper asks the question of whether a shift of discussions and other forms of participation from analog to digital channels promises some advantages. To answer this question, different participation instruments, of which both digital and analog forms exist, will be evaluated. To make this assessment, a catalog of criteria will be developed based on a literature search. The results of the comparison show the advantages of digital versus analog participation instruments discussed in the literature, such as less time, lower costs, easier access and a higher inclusion potential. At the same time, it becomes clear that digital instruments are superior to analog forms in terms of process criteria, but that they perform worse in terms of argumentation possibilities and activation potential.

Keywords: Digitization; digital transformation; e-participation; e-government; public administration; Switzerland

La numérisation en cours ouvre aux administrations la possibilité d'offrir la participation des citoyens sous forme numérique en utilisant des offres dites de participation en ligne. Ce document pose la question de savoir si un déplacement des discussions et d'autres formes de participation des canaux analogiques vers les canaux numériques promet des avantages. Afin de répondre à cette question, différentes plateformes de participation seront évaluées, dont il

existe des formes numériques et analogiques. Pour procéder à cette évaluation, un catalogue de critères sera élaboré sur la base d'une recherche documentaire. Les résultats de la comparaison montrent les avantages des instruments de participation numériques par rapport aux instruments analogiques discutés dans la littérature, tels que moins de temps, moins de coûts, un accès plus facile et un potentiel d'inclusion plus élevé. Dans le même temps, il devient évident que les instruments numériques sont supérieurs aux formes analogiques en termes de critères de processus, mais qu'ils sont plus performants en termes de possibilités d'argumentation et de potentiel d'activation.

Mots-clés: Numérisation; transformation numérique; eParticipation; eGovernment; gestion publique; Suisse

1. Einführung

Während die Digitalisierung durch innovative Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ihren Weg in die Privatwirtschaft bereits gefunden hat, beginnen auch Verwaltungen zunehmend, IKT für sich zu nutzen (Mertes et al. 2020). So ist unter anderem eine neue, digitale Form der Bürgerbeteiligung entstanden: Elektronische Partizipation (E-Partizipation) (Leitner 2018; Zheng et al. 2014). Durch den Einsatz von E-Partizipationsinstrumente versprechen sich Verwaltungen verschiedene Vorteile, wie zum Beispiel einen vereinfachten Austausch der Bürgerinnen¹ untereinander einerseits und zwischen Bürgerinnen und Verwaltung andererseits. Weitere Vorteile von E-Partizipation gegenüber analogen Beteiligungsmöglichkeiten sind eine bessere Informationsvermittlung, Kostenersparnisse sowie eine höhere Beteiligung und höhere Inklusion der Betroffenen (Lupia 2009). Es ist jedoch ungeklärt, ob E-Partizipation als Ergänzung oder Substitution zur analogen Partizipation eingesetzt werden soll.

Um Unterschiede von einer digitalen zu einer analogen Anwendung eines Partizipationsinstrumentes aufzuzeigen, wird im vorliegenden Beitrag eine systematische Analyse ausgewählter Idealtypen verschiedener Partizipationsinstrumente durchgeführt. In einem theoriebasierten Vorgehen werden Instrumente zur Bürgerbeteiligung gegenübergestellt, die sowohl digital als auch analog verwendet werden können. Dadurch wird ein optimaler Vergleich der Instrumente geschaffen. Zur Bewertung dieser Instrumente wird auf Basis bestehender Literatur ein Kriterienkatalog erstellt. In der Erarbeitung von geeigneten Bewertungskriterien wird die praktische Relevanz des Beitrages gesehen, da diese von Verwaltungen zur Bewertung und Auswahl von digitalen und analogen Partizipationsinstrumenten verwendet werden können.

Dieser Artikel adressiert somit zwei Forschungsfragen: *Inwiefern unterscheidet sich die digitale Anwendung eines Partizipationsinstrumentes im Vergleich zur analogen? Welche Unterschiede lassen sich bezüglich. Prozessen, Ergebnissen und Akzeptanz feststellen?*

Der Artikel gliedert sich in fünf Abschnitte und ist folgendermassen aufgebaut: Im Anschluss an die Einführung widmet sich der zweite Abschnitt dem Literaturstudium zu Partizipation aus Sicht der Verwaltung im analogen und digitalen Kontext. Der dritte Abschnitt legt das methodische Vorgehen dar und zeigt die ausgewählten Partizipationsinstrumente zur Auswertung sowie die Erarbeitung der Kriterien auf. Es folgt die Präsentation der Resultate im vierten Abschnitt. Der Beitrag wird mit einer Diskussion der Ergebnisse sowie einem Fazit und einem kurzen Ausblick auf zukünftige Forschung abgeschlossen.

2. Stand der Forschung

Zur Beurteilung von Partizipationsinstrumenten, welche von der Verwaltung im politischen Entscheidungsfindungsprozess eingesetzt werden, ist zunächst eine begriffliche Abgrenzung der zentralen Konzepte «Partizipation» und «E-Partizipation» notwendig. Es soll dargelegt werden, wie sich Partizipation im Kontext der digitalen Transformation der Verwaltung einordnen lässt.

2.1 Partizipation aus Sicht der Verwaltung

Die aktive Partizipation von Bürgerinnen gilt als eines der wichtigsten Elemente einer modernen, funktionierenden Demokratie (Bolzendahl & Coffé 2013; Lijphart 1997; Michels & De Graaf 2010;

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.

Verba et al. 1995). Verwaltungen versprechen sich von Bürgerbeteiligung nicht nur demokratisch legitimierte Entscheidungen, sondern auch einen Anstieg im Vertrauen der Bürgerinnen gegenüber der Entscheidungsträgerinnen (Kubicek & Aichholzer 2016; Lupia 2009).

Partizipation im politischen Entscheidungsfindungsprozess kann als «ein zielgerichtetes Verhalten der Bürgerinnen mit Bezug auf Politik und politische Entscheidungen» (Pickel 2012: 40) definiert werden. Da diese Definition sehr breit gefasst ist, müssen für den vorliegenden Beitrag verschiedene Abgrenzungen festgelegt werden. Erstens, in der Literatur werden zwei Dimensionen unterschieden: Entweder richtet sich die Beeinflussung direkt auf die Verwaltungsbehörden oder indirekt auf die Zivilgesellschaft (Norris 2002: 16). Der vorliegende Artikel bezieht sich ausschliesslich auf erstgenanntes. Zweitens wird dahingehend unterschieden, von wem die Partizipation initiiert wird. Die Beteiligung kann von der Verwaltung oder der Bürgerinnen ausgelöst werden (Porwol et al. 2013: 215). Da sich diese Untersuchung auf die Verwaltungsebene bezieht, wird auch bei dieser Unterscheidung Letztere ausgeschlossen. Schliesslich werden auch formelle Formen der Partizipation wie Abstimmungen oder Wahlen ausgeschlossen. Dies aufgrund der Tatsache, dass im Rahmen der Unterscheidung von E-Partizipation und E-Democracy in der internationalen Diskussion die formellen Wahlen zum Bereich der E-Democracy gezählt werden und diese somit nicht Gegenstand der E-Partizipation als Forschungsgegenstand sind (Kubicek et al. 2008: 19).

Zusammenfassend fokussiert der Artikel somit auf an die Behörden gerichtete, von der Verwaltung angestossene, informelle Bürgerbeteiligungsformen. Diese festgelegte Art von Bürgerpartizipation kann in drei Abstufungen erfolgen, welche in **Abbildung 1** dargestellt sind (Fels 2015: 16ff.; OECD, 2001): (1) *Information*: Die Verwaltung informiert Bürgerinnen aus Eigeninitiative oder stellt Information auf Nachfrage zur Verfügung. (2) *Konsultation*: Die Verwaltung holt bei Bürgerinnen Rückmeldungen zu bestimmten politischen Fragestellungen ein. Dabei ist es erforderlich, dass die Verwaltung auch entsprechende Informationen bereitstellt, wodurch eine wechselseitige Beziehung zwischen den beiden Akteuren entsteht. (3) *Aktive Partizipation*: Bürgerinnen engagieren sich aktiv an der politischen Entscheidungsfindung. Der Einfluss der Partizipierenden steigt im Vergleich zur Konsultation, die finale Entscheidungsbefugnis bleibt jedoch der Verwaltung vorbehalten.

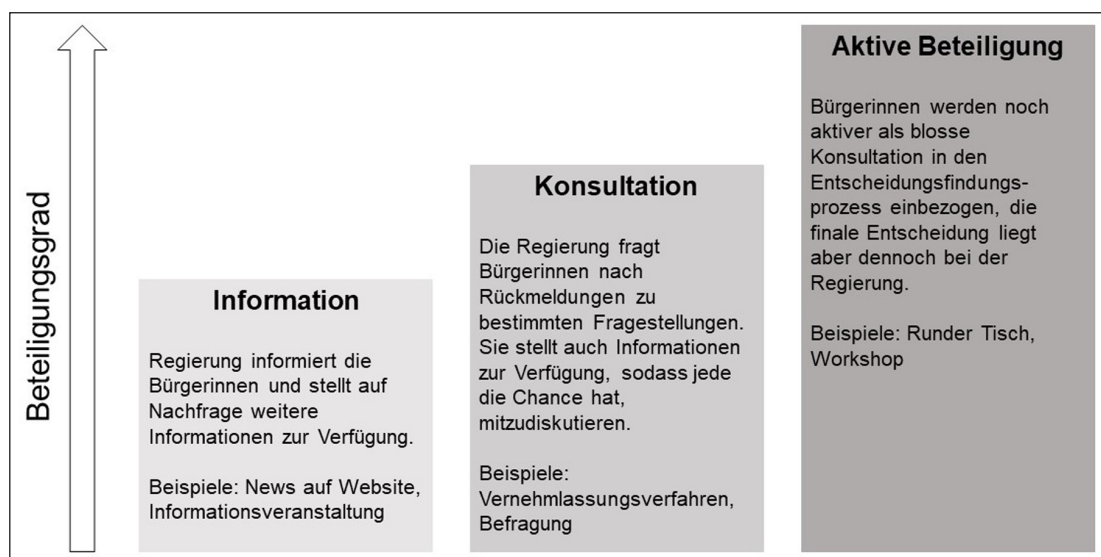


Abbildung 1: Abstufungen der Bürgerbeteiligung.

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Fels (2015: 16ff) und Renner & Küpper (2017: 7).

2.2 Digitale Transformation der Verwaltung: E-Partizipation

Im Kontext der Verwaltungen meint *Digitalisierung* die Schaffung neuartiger, digitaler Zugangskanäle zur Verwaltung, wobei diese neugeschaffenen Schnittstellen möglichst kundenorientiert ausgestaltet sein sollen (Schenk & Dietrich 2018: 262). So neu geschaffene Geschäftsmodelle bringen Bürgerinnen und Verwaltung näher zusammen und holen in einem weiteren Schritt die Bedürfnisse der Bürgerinnen ab, was schliesslich zu einer Verbesserung des Leistungsangebots führt (Dietrich et al. 2018). E-Partizipation kann als den Prozess der Bürgerbeteiligung bei politischer Entscheidungsfindung mittels IKT bezeichnet werden. Dieser Prozess soll dabei partizipativ, inklusiv und deliberativ ausgestaltet sein (United Nations 2018: 112).

Die Vorteile digitaler Partizipation für die Verwaltung wurden bereits mehrfach in Untersuchungen dargelegt: Gemäss Demokratietheoretiker Dahl (zitiert nach Feick 2007: 224) ist es möglich, durch den Einsatz moderner IKT, politische Entscheidungsprozesse transparenter und vor allem auch partizipativer zu gestalten (vgl. auch Le Blanc 2020: 7). Dadurch erlangen getroffene Entscheidungen eine höhere Akzeptanz bei den Betroffenen (siehe auch Zittel 2007). Zudem argumentiert Cahlikova (2015: 51), dass durch online Partizipation via Blogs oder Foren Bürgerinnen auf eine informelle Weise mit der Verwaltung in Kontakt treten können, was zu einer horizontal ausgerichteten statt einer vertikalen, bürokratischer Interaktion führt. Weiter findet Lupia (2009) in seinem Beitrag Hinweise darauf, dass die Verlagerung von Diskussionen in Online-Kanäle dabei hilft, Ablenkungen zu vermeiden und das Interesse der Teilnehmenden zu stärken: Durch die Abgrenzung verschiedener Diskussionsthemen in beispielsweise unterschiedlichen Diskussionsforen derselben Plattformen kann die Gefahr, dass Teilnehmende vom eigentlichen Thema abschweifen, verringert werden. Weiter können bei E-Partizipationsplattformen teilweise die Ergebnisse individuell gespeichert werden, was das Erinnerungsvermögen der Teilnehmenden erhöht. Auch soll der Einsatz von E-Partizipationsinstrumenten für die Verwaltung kostengünstiger sein als analoge Verfahren und ermöglicht höhere Beteiligung und Inklusion der Bürgerinnen (Lupia 2009). Weiter sehen Kakabadse et al. (2003) in elektronischen Partizipationsverfahren die Chance, möglichst viele Leute gleichzeitig einzubeziehen, da Orts- und Zeitabhängigkeiten überwunden werden. Gleichzeitig wird jedoch auch auf den möglichen Ausschluss von Menschen ohne Internetzugang als Risiko hingewiesen (Kakabadse et al. 2003; Le Blanc 2020; Mossberger et al. 2008; Steinbach et al. 2019).

3. Methodik

Ziel dieses Artikels unter anderem ist die Bewertung von Partizipationsinstrumenten, welche in der Praxis sowohl digital als auch analog angewendet werden können. Dafür wird ein qualitatives Vorgehen gewählt: In einem ersten Schritt werden Idealtypen für jedes Instrument aus der Literatur erarbeitet. Es ist für den vorliegenden Artikel nicht zielführend, unterschiedliche Praxisbeispiele miteinander zu vergleichen, da sich die Partizipationsinstrumente in der Anwendung durch Verwaltungen in mehreren Hinsichten unterscheiden, als nur diesbezüglich, ob das Partizipationsverfahren analog oder digital durchgeführt wurde. Indem Idealtypen der Partizipationsinstrumente erarbeitet und verglichen werden, können Unterschiede in der Bewertung auf die Durchführung zurückgeführt werden. In einem zweiten Schritt wird ein Kriterienkatalog zur Verortung dieser Idealtypen entwickelt. Das dafür gewählte Vorgehen orientiert sich am Modell für Textanalysen von Mayring und Brunner (Mayring & Fenzl 2019: 640). Um den Kriterienkatalog (vgl. **Tabelle 1**) zu erstellen, wird gemäss der deduktiven Kategorisierung der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse vorgegangen und dementsprechend das Kategoriensystem vorab auf Basis bestehender Theorien entwickelt (Mayring & Fenzl 2019: 638). Mit diesem Vorgehen kann eine systematische und strukturierte Analyse gewährleistet werden. In einem letzten Schritt werden die Idealtypen anhand der Kriterien bewertet, um die Vorteile von digitalen Partizipationsinstrumente gegenüber ihren analogen Varianten zu ermitteln.

3.1 Partizipationsinstrumente

Im Folgenden werden vier Idealtypen ausgewählter Partizipationsinstrumente vorgestellt, die jeweils in analoger oder digitaler Form eingesetzt werden können. Die Auswahl der Instrumente verlief nach zwei Kriterien: (1) Das Partizipationsinstrument besteht in sowohl digitaler als auch analoger Form und (2) beide Formen werden von Verwaltungen in der Praxis angewendet. Die Idealtypen bilden die Grundlage für die nachfolgende Analyse. Um die Idealtypen der jeweiligen Instrumente zu erstellen, wurden Informationen von Webseiten von Verwaltungen sowie diverse Fachliteratur beigezogen.

3.1.1 Bürgerhaushalt

Beim Bürgerhaushalt sind die Bürgerinnen direkt in den Budgetprozess involviert (Nanz & Fritsche 2012: 45f). Ziel ist somit den Einbezug von Bürgerinnen bei Budgetentscheidungen (Sintomer et al. 2010: 18). Dies kann analog an Veranstaltungen oder anderen Anlässen oder digital via Abstimmungsplattform geschehen. In der Praxis reicht der Einfluss der Bürgerinnen von der Beratung bis zur Entscheidungsmacht. Die ersten Bürgerhaushalte entstanden in den 80er-Jahren in Brasilien und Neuseeland. Während das Modell in Brasilien als Demokratisierung der Demokratie unter Anwendung der Prinzipien von sozialer Umverteilung gilt, wird das Modell in Neuseeland als Beispiel der Verwaltungsmodernisierung angesehen. Gemeinsam ist beiden, dass es sich um ein auf Dauer angelegtes diskursives Verfahren handelt (Nanz & Fritsche 2012:

47f). Heute ist der Bürgerhaushalt weltweit verbreitet, eine Übersicht zu europäischen Beispielen zeigt Sintomer et al. (2010) in ihrem Buch zum Bürgerhaushalt auf. Nicht als Bürgerhaushalt bezeichnet werden einmalige Veranstaltungen, ein Haushaltsreferendum oder eine jährliche Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Haushalts (wie es oft bei Schweizer Gemeinden der Fall ist) (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015; Involve 2018; Nanz & Fritsche 2012: 45f; Sintomer et al. 2010).

3.1.2 Bürgerpanel

Bürgerpanels sind mehrmals pro Jahr stattfindende schriftliche Befragungen von 500 bis 2'500 Bürgerinnen (Nanz & Fritsche 2012: 49). Der Ursprung des Bürgerpanels ist in der Marktforschung zu finden. Im Unterschied zu einer klassischen Meinungsumfrage werden feststehende Teilnehmende regelmässig befragt. Diese werden anhand einer Zufallsstichprobe ausgewählt. Nicht selten wird dabei auch nachselektiert, um gewisse Minderheiten und untervertretere sozio-demographische Merkmale in die Stichprobe zu integrieren. Die Teilnehmenden werden über die Befragungsergebnisse auf dem Laufenden gehalten. Ziel des Bürgerpanels ist es, die Bürgerinnen in einen Entscheidungsprozess miteinzubeziehen und eine repräsentative Meinung der Bevölkerung abzuholen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015; Involve 2018; Nanz & Fritsche 2012: 49ff.).

Das sogenannte E-Panel bildet die digitale Version des Bürgerpanels und funktioniert gleich wie die analoge Variante. Mit YouGov gibt es sogar einen Anbieter, der im Auftrag von Regierungen oder Verwaltungen E-Panels durchführt (Nanz & Fritsche 2012: 50). Dies ist vorteilhaft, da e-Panels wie auch analoge Panels sehr datenintensiv sind und es essenziell ist, diese Daten gut zu pflegen (Bertelsmann Stiftung 2015; Involve 2018; Klages 2011; Nanz & Fritsche 2012: 49ff.).

3.1.3 Open Space Konferenz

Die Open-Space-Konferenz geht zurück auf die Beobachtungen des Organisationsberaters Harrison Owen (Benighaus & Benighaus 2014: 80). Er stellte fest, dass die interessantesten und kreativsten Ideen und Gespräche in den Kaffeepausen stattfinden. Diese lockere Atmosphäre soll auch die Open-Space-Konferenz prägen: Keine festgelegten Arbeitsgruppen oder Referate, dafür viel Platz für Kreativität und neuartige Ideen (Benighaus & Benighaus 2014: 80ff). Grundsätzlich ist das Ziel, so viele Teilnehmende wie möglich einzubeziehen. Neben der selbstständigen Bildung von Arbeitsgruppen zielt die Open-Space-Konferenz auf Ermächtigung der Teilnehmenden, Begeisterung, Freude und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Ein solch offenes Forum kann der Konflikt-Prävention dienen und ist dadurch geeignet für kontrovers diskutierte Themen (vgl. Involve 2018; Nanz & Fritsche 2012: 68f).

Neben der ursprünglichen analogen Variante einer Open-Space-Konferenz besteht in der heutigen Zeit die Möglichkeit, solche Konferenzen online durchzuführen (Nanz & Fritsche 2012: 70). Open-Space-Online wird in einem Zeitraum von fünf Stunden zunächst unmoderiert durchgeführt. Es folgt anschliessend einem standardisierten Prozess, der grundsätzlich dem der Offline-Variante entspricht (moderierte Plenarphase). Eine weitere ähnliche Methode ist das sogenannte Bar-Camp. Gemeinsam ist die Selbstorganisation, unterschiedlich die Pflicht jedes Teilnehmenden, eine Präsentation zu halten. Zudem ist die Anzahl der Teilnehmenden beschränkt (vgl. Involve 2018; Nanz & Fritsche 2012: 68f).

3.1.4 Öffentliche Agenda

Die öffentliche Agenda geht zurück auf den Erdgipfel 1992 in Rio (Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992). In Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen sollte die politische Agenda für die Zukunft gestaltet werden. Die öffentliche Agenda wird etwa in den Themenfeldern der nachhaltigen Entwicklung oder auch für die Planung von Digitalisierungsstrategien eingesetzt. Die folgenden drei Prozessschritte kennzeichnen dieses Partizipationsinstrument: (1) Ideen sammeln, (2) Agenda formulieren, (3) Agenda diskutieren (Magistratsdirektion der Stadt Wien 2015). Die Prozessschritte können sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Die Ideensammlung kann entweder in Form einer Ideenplattform digital oder in Form einer Expertenrunde analog durchgeführt werden. Die Formulierung der Agenda ist grundsätzlich Aufgabe der Verwaltung oder der Regierung. Die Diskussion der vorformulierten Agenda erfolgt wiederum digital im Rahmen eines Forums, analog in Expertengruppen oder in Form einer Versammlung. Ziel dieses Vorgehens ist es, Ideen zur Formulierung der politischen Agenda zu sammeln und Akzeptanz der Bürgerinnen für die politische Strategie und die politischen Schwerpunkte zu erreichen (vgl. Bundesamt für Raumentwicklung 2016; Generalitat de Catalunya o. J.; Magistratsdirektion der Stadt Wien 2015).

3.2 Kriterien

Im Folgenden werden die Kriterien zur Bewertung der eben vorgestellten Partizipationsplattformen erläutert. Die Entwicklung eines auf bestehender Literatur abgestützten Kriterienkatalogs ist insofern relevant, dass Verwaltungen auf diese Weise ein Instrument zur Verfügung steht, mit dem sie verschiedene zur Wahl stehende Instrumente evaluieren können. Dadurch können sie das bestgeeignete Instrument für das jeweilige Partizipationsvorhaben eruieren, denn Partizipationsinstrumente entfalten ihre gewünschte Wirkung nur, wenn sie korrekt und zweckgebunden eingesetzt werden (Alcántara et al. 2014). Insgesamt werden elf Kriterien zur Bewertung der Partizipationsplattformen präsentiert, welche aus der Literatur und den vorgehenden Kapiteln abgeleitet wurden. Die Kriterien werden dabei zwei Kategorien zugeordnet: Prozesskriterien und Ergebnis-/Akzeptanzkriterien. Diese Unterscheidung wurde aus dem Ansatz zur Evaluation von Partizipationsmethoden von Rowe & Frewer (2000: 12f) übernommen. Die Operationalisierung der Kriterien findet basierend auf der Kategorisierung der Kriterien, welche im Codebuch (vgl. Anhang 1) ersichtlich ist, statt. Um möglichst hohe Inter-coder-Reliabilität und somit Stabilität, Reproduzierbarkeit und Exaktheit zu erreichen, ordnen die Autorinnen und Autoren alle Instrumente unabhängig voneinander ein (Gläser-Zikuda 2015: 126). Unterschiede werden anschliessend diskutiert und Unstimmigkeiten beseitigt, bzw. das Codebuch präzisiert.

3.2.1 Prozesskriterien

Die Prozessperspektive ermöglicht, das Vorgehen bei der Partizipation zu bewerten. Insgesamt wurden mittels Literaturrecherche fünf Prozesskriterien ermittelt, welche für die Identifikation und Gegenüberstellung von digitalen Partizipationsinstrumenten im Vergleich zu analogen als relevant erscheinen. Diese sechs Kriterien sind nachfolgend beschrieben.

Zugänglichkeit für Teilnehmende

Die Zugänglichkeit untersucht vorhandene Hürden bei der Teilnahme an dem Partizipationsprozess. Diese Hürden können in Form von Komplexität eines digitalen Tools, viel notwendiges Vorwissen über Prozesse und Inhalt oder einer grossen Distanz zum Veranstaltungsort auftreten. Je höher die Zugänglichkeit eines Partizipationsinstrumentes, desto weniger Hürden bestehen für die Partizipation. Die Metaanalyse von Naranjo Zolotov et al. (2018: 358) zeigt, dass mehrfach ein signifikanter Zusammenhang zwischen wahrgenommener Benutzerfreundlichkeit und der Absicht, das Partizipationsinstrument zu nutzen, nachgewiesen wurde.

Zeitaufwand für Teilnehmende

Entscheidenden Einfluss auf die Partizipation von Bürgerinnen hat der damit verbundene Aufwand ebendieser. Je kleiner der zeitliche Aufwand für die Partizipation ausfällt, desto mehr Bürgerinnen partizipieren (Boyd et al. 1999: 2; Naranjo Zolotov et al. 2018: 358).

Kosten zur Bereitstellung

Aus Prozesssicht sind die entstehenden Kosten für die Partizipation von grossem Interesse. Tiefe Kosten sind in Hinblick auf das Kosten-Ertrags-Verhältnis eines Partizipationsinstrumentes wünschenswert (Alcántara et al. 2014; Pina & Torres 2016).

Argumentationsmöglichkeit

Um einen konstruktiven Diskurs während eines Partizipationsverfahrens sicherzustellen, ist das Einbringen und Ausführen von Argumenten der Teilnehmenden von zentraler Bedeutung (Steenbergen et al. 2003). Ein Partizipationsinstrument muss somit den Teilnehmenden die Möglichkeit bieten, sich einzubringen und Argumente ausführen zu können – dies kann beispielsweise analog per Wortmeldung oder digital per Kommentarfunktion erfolgen. Die Qualität der Argumentationsmöglichkeit wirkt sich unmittelbar auf die Qualität der Ergebnisse aus (Steenbergen et al. 2003, S. 25f.).

Moderationsgrad

Im Gegensatz zur unstrukturierten (digitalen) Meinungsäusserung ist für deliberative politische Meinungsfindungsprozesse Moderation unabdingbar. Moderation bedeutet, dass eine neutrale Person die Diskussion betreut, strukturiert und die Ergebnisse bündelt (Alcántara et al. 2014; Coleman & Gotze 2003).

3.2.2 Ergebnis-/Akzeptanzkriterien

Ein Partizipationsverfahren sollte nicht nur anhand der Effizienz gemessen werden. In einer Demokratie ist entscheidend, dass Entscheide von der breiten Masse akzeptiert und mitgetragen werden. Dies führt zu Vertrauen in die Politik und in die Verwaltung. Im Umkehrschluss führt dies, wie weiter oben beschrieben, zu mehr Partizipation. Analog zur Ermittlung der Prozesskriterien, wurden auch die Ergebnis- und Akzeptanzkriterien aus einer Literaturrecherche abgeleitet. Die fünf ausgewählten Ergebnis- und Akzeptanzkriterien sind nachfolgend beschrieben.

Inklusion

Die Inklusion befasst sich mit der Frage, ob die Partizipation durch die Ansprache der korrekten Zielgruppen repräsentativ ist (Kersting 2014: 64). Um die Ergebnisse von Partizipationsprozessen zu legitimieren, ist es wichtig, breit und rechtzeitig zu informieren und potenziell betroffene Personen und potenziell wichtige Sichtweisen spezifisch anzusprechen. Auch die Teilnahme derer, die oft eher aufgrund des Alters, eingeschränkter Mobilität, etc. ausgeschlossen sind, ist sicherzustellen (Alcántara et al. 2014: 118, 131). Erst durch die Inklusion aller Betroffenen wird sichergestellt, dass kollektive Beschlüsse im Sinne der Allgemeinheit gefällt und nicht nur Interessen von Eliten vertreten werden (Reichert & Panek 2014: 302).

Integrationskraft

Das Kriterium Integrationskraft beschreibt, ab und bis zu welcher Stufe das Partizipationsinstrument eine Teilnahme zulässt. Die erste Stufe beginnt damit, dass Probleme, die ein politisches Geschäft zur Lösung benötigen, von den Partizipierenden als solche anerkannt und genauer definiert werden können (Agenda Setting). Die zweite Stufe umfasst das Ausarbeiten eines Lösungsvorschlags (Policy Making). Die nächste Stufe ist die Entscheidungsfindung, also die Einigung auf einen Lösungsvorschlag (Policy), welcher umgesetzt werden soll (Decision Making). Die letzte Stufe ist die Umsetzung des beschlossenen Vorschlags (Implementation). Denkbar wären noch weitere Schritte zur Evaluation des Vorschlags und seiner Umsetzung sowie Anpassungsvorschläge (Alcántara et al. 2014: 119f.).

Transparenz

Im Sinne transparenter Entscheidungsfindung müssen Instrumente und ihre Ergebnisse kommuniziert und dokumentiert werden. Bereits im Vorfeld eines Partizipationsprozesses muss ein geplantes Partizipationsinstrument und dessen mögliche und angestrebte Wirkungen angekündigt werden (Alcántara et al. 2014: 54). Sowohl die aktiv Partizipierenden als auch die Aussenstehenden, darunter besonders diejenigen, welche vom politischen Meinungsbildungsprozess betroffen sind, müssen die Prozesse und Ergebnisse vollständig mitverfolgen können. Die relevanten Informationen müssen leicht zugänglich sein und zeitnah veröffentlicht werden (Boje & Masser 2014: 11). Die Informationen müssen ausserdem allen Personen gleich zugänglich sein. Niemand darf ein Monopol auf die Informationsdaten haben; sie müssen in einem Format verfügbar sein, welches nicht nur von einer Person verarbeitet und eingesehen werden kann (Open Data Network 2007). Transparenz kann als Erfolgsfaktor eines Partizipationsangebots gewertet werden, da es das Vertrauen in das politische System stärkt und zu höherer Wahlbeteiligung führt (Kubicek 2014).

Aktivierungspotential

Zur Legitimierung von politischen Entscheidungen müssen gut begründete Vorschläge der Beteiligten alle gleichbehandelt werden. Dabei ist auch die Aktivierung von Interessen und Bedürfnissen ansonsten Uninteressierter ein wichtiger Faktor (Verba et al. 1995: 15f.). Im Unterschied zur Zugänglichkeit, welche die Zugangsschranken zu einem Instrument betrachtet, geht es in der Aktivierung um die Hilfe bei der Überwindung dieser Schranken (Alcántara et al. 2014: 52f, 119f.). Zur Überwindung gehören auch die aktive Bewerbung des Instruments und eine gewisse Attraktivität zur Teilnahme sowie ein politisch bildender Aspekt im Zusammenhang mit dem Programm (Koller 2017: 50ff, 307f.).

Einflussmacht

Dieses Kriterium hängt stark mit den Zielen eines Instruments zusammen. Instrumente, die dazu dienen, konkrete Beschlüsse umzusetzen, haben einen höheren Einfluss als solche, die nur Lösungsansätze generieren oder Probleme offenlegen. Die hohe Einflussmacht eines Instruments erhöht den wahrgenommenen Nutzen und somit die Partizipationswahrscheinlichkeit (Naranjo Zolotov et al. 2018).

Tabelle 1: Kriterienkatalog zur Bewertung von digitalen und analogen Partizipationsinstrumente.

Kriterium	Operationalisierung
Prozesskriterien	
Schwierigkeitsgrad zur Teilnahme	1: hoher Schwierigkeitsgrad 2: mittlerer Schwierigkeitsgrad 3: tiefer Schwierigkeitsgrad
Zeitaufwand	1: hoher Zeitaufwand 2: mittlerer Zeitaufwand 3: tiefer Zeitaufwand
Kosten zur Bereitstellung	1: hohe Kosten 2: mittlere Kosten 3: tiefe Kosten
Argumentationsmöglichkeit	1: keine Argumentationsmöglichkeit 2: mittlere Argumentationsmöglichkeit 3: grosse Argumentationsmöglichkeit
Moderationsgrad	1: nicht moderiert 2: - 3: stetig moderiert
Ergebnis-/Akzeptanzkriterien	
Inklusion	1: tief (ausgewählter Adressatenkreis) 2: mittel (best. Bevölkerungsgruppen) 3: hoch (offen für alle)
Integrationskraft	1: tief (Agenda Setting) 2: mittel (Policy making) 3: hoch (Decision making)
Transparenz	1: keine Transparenz 2: mässige Transparenz 3: vollständige Transparenz
Aktivierungspotential	1: tief (nicht vorhanden) 2: mittel (z.B. einfache Sprache wird benutzt, um Teilnehmende zu aktivieren) 3: hoch (z.B. wird gezielte angesprochen und aktive Hilfe bei Verständnisprobleme)
Einflussmacht	1: tiefe Reichweite, keine verpflichtende Umsetzung 2: entweder tiefe Reichweite oder keine verpflichtende Umsetzung 3: hohe Reichweite und verpflichtende Umsetzung

Anmerkung: Die Operationalisierung basiert auf dem Codebuch (siehe Anhang 1). Weitere Informationen zur Kategorienbildung sind daraus zu entnehmen.

4. Resultate

Um die Möglichkeiten und Bedeutung digitaler im Vergleich zu analogen Partizipationsinstrumente zu darzulegen, wurden Kriterien ermittelt, welche sich für eine Evaluation von Idealtypen verschiedener Partizipationsinstrumente eignen. Es wird deutlich, dass die Unterschiede zwischen einer digitalen und analogen Anwendung der jeweiligen Partizipationsinstrumente in Bezug auf die Prozess-, Ergebnis- und Akzeptanzkriterien nur gering sind (vgl. **Abbildung 2, Tabelle 2**). Werden die Durchschnittswerte der digitalen und analogen Instrumenten verglichen, zeigen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten: Bei digitalen Partizipationsinstrumenten wurden bei den Prozesskriterien höhere Werte (MW = 2,65, SD = 0,48, N = 4) als bei den analogen Varianten (MW = 2,45, SD = 0,50, N = 4) beobachtet. Bezüglich den Ergebnis-/Akzeptanzkriterien unterscheiden sich die ausgewählten Instrumente im Mittel nicht (beide MW = 2,25, SD = 0,83, N = 4).

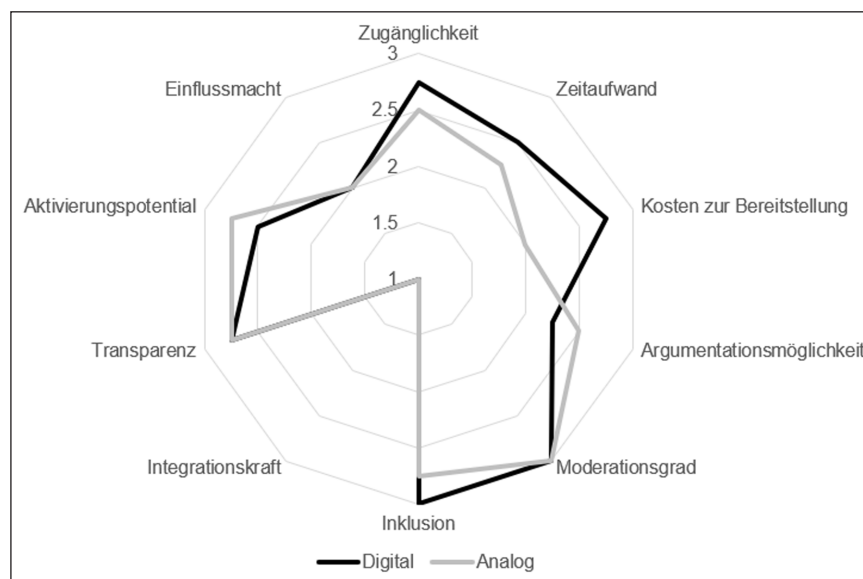
Werden die Kriterien separat betrachtet, so ergibt sich ein differenzierteres Bild (vgl. **Tabelle 3, Abbildung 2**): Die Ergebnisse in Bezug auf das Kriterium *Zugänglichkeit* erreichen die digitalen Instrumente gemäss Erwartungen im Schnitt die bessere Bewertung von 2,75 (SD = 0,50, N = 4) im Vergleich zu den analogen Instrumenten (MW = 2,50, SD = 0,58, N = 4). Dies ist eine wichtige Erkenntnis,

Tabelle 2: Mittelwerte der Prozesskriterien und Ergebnis-/Akzeptanzkriterien.

Instrumente	Ø Prozesskriterien	Ø Ergebnis-/Akzeptanzkriterien
Digital	2,7	2,3
Analog	2,5	2,3

Anmerkung: Die Ergebnisse für die Prozesskriterien sowie die Ergebnis-/Akzeptanzkriterien stellen Durchschnittswerte aus den Bewertungen der einzelnen Kriterien dar, auf einer Skala zwischen 1 (tiefe Bewertung) und 3 (hohe Bewertung).

da digitalen Partizipationsformen oftmals vorgeworfen wird, dass sie einen grossen Teil der nicht internet-affinen Bevölkerung ausschliessen (vgl. Kakabase et al. 2003). Ebenso sind die Ergebnisse des Kriteriums *Zeitaufwand für die Teilnehmenden* im Einklang mit den Erwartungen aus der Literaturrecherche: Die digitalen Varianten scheinen weniger zeitaufwändig (MW = 2,50, SD = 0,58, N = 4) als die analogen (MW = 2,25, SD = 0,50, N = 4) zu sein. Auch bezüglich der *Kosten zur Bereitstellung* schneiden die digitalen besser ab (MW = 2,75, SD = 0,50, N = 4) als die analogen Instrumente (MW = 2,00, SD = 0,00, N = 4). Diese beiden Ergebnisse decken sich mit den in Kapitel 2.2 diskutierten Studien von Lupia (2009) und Pina & Torres (2016), das digitale Partizipationsinstrumente sowohl weniger zeitaufwändig für Teilnehmende als auch kostengünstiger für die Organisierenden sind. Die analogen Instrumente werden jedoch hinsichtlich der *Argumentationsmöglichkeiten* besser bewertet (MW = 2,50, SD = 0,58, N = 4) als die digitalen (MW = 2,25, SD = 0,50, N = 4). Dies könnte damit erklärt werden, dass analoge Partizipationsveranstaltungen eher auf Diskussionen und Debatten ausgelegt sind, während bei digitalen Partizipationsinstrumenten die Kommunikationsmöglichkeiten oftmals auf eine Kommentarfunktion beschränkt sind. Digitale und analoge Instrumente unterscheiden sich offenbar nicht bezüglich *Moderationsgrad* (beide MW = 3,00, SD = 0,00, N = 4), denn alle ausgewählten Idealtypen der Instrumente sind moderiert. Weiter unterscheiden sich die digitalen Partizipationsinstrumente im Mittel nicht von ihren analogen Varianten bezüglich den Ergebnis-/Akzeptanzkriterien *Integrationskraft* (beide MW = 1,00, SD = 0,00, N = 4), *Transparenz* (beide MW = 2,75, SD = 0,50, N = 4) und *Einflussmacht* (beide MW = 2,00, SD = 0,82, N = 4). Die digitalen Instrumente schneiden jedoch beim Kriterium *Inklusion* besser ab (MW = 3,00, SD = 0,00, N = 4) als die analogen (MW = 2,75, SD = 0,50, N = 4), was sich mit den Ergebnissen aus der Literaturrecherche, das digitale Instrumente eine höhere Inklusion ermöglichen (vgl. Lupia 2009, Le Blanc 2020), deckt. Dagegen erzielen analoge Partizipationsformen die bessere Bewertung beim Kriterium *Aktivierungspotenzial* (MW = 2,75, SD = 0,50, N = 4 gegenüber MW = 2,50, SD = 0,58, N = 4). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass bei analogen Instrumenten die Teilnehmenden direkt angesprochen und bei Unklarheiten unterstützt werden können. Gegebenenfalls können auch weniger interessierte oder aktive Teilnehmende bei einer analogen Veranstaltung direkt beworben und somit stärker aktiviert werden (vgl. Verba et al. 1995), als dies auf digitalen Plattformen möglich ist.

**Abbildung 2:** Gegenüberstellung der digitalen und analogen Varianten der Partizipationsinstrumente.

Anmerkung: Es werden die Durchschnittswerte der einzelnen Kriterien dargestellt, auf einer Skala zwischen 1 (tiefe Bewertung) und 3 (hohe Bewertung).

Tabelle 3: Vergleich digitale und analoge Instrumente.

Instrument	Digital/ Analog	Prozesskriterien			Ergebnis-/Akzeptanzkriterien			Durchschnitt Prozess- kriterien	Ergebnis-/ Akzeptanz- kriterien	Gesamtdurch- schnitt			
		Zugängli- chkeit	Zeitauf- wand	Kosten für Bereitstellung	Argumenta- tions- möglichkeit	Modera- tions- grad	Inklusi- on				Integra- tion- skraft	Trans- parenz	Aktivie- rungs- potential
Bürgerhaushalt	Analog	2	3	2	2	3	3	2,4	3	3	3	2,6	2,5
Bürgerhaushalt	Digital	2	3	3	2	3	3	2,6	3	1	3	2,4	2,5
Bürgerpanel	Analog	3	2	2	2	3	3	2,4	2	1	3	2,2	2,3
Bürgerpanel	Digital	3	3	3	2	3	3	2,8	3	1	3	2	2,6
Open-Space- Konferenz	Analog	3	2	2	3	3	3	2,6	3	1	3	2	2,3
Open-Space- Konferenz	Digital	3	2	2	2	3	3	2,4	3	1	3	2	2,2
Öffentliche Agenda	Analog	2	2	2	3	3	3	2,4	3	1	2	2,2	2,3
Öffentliche Agenda	Digital	3	2	3	3	3	3	2,8	3	1	2	2,2	2,5

Anmerkung: Die Werte stellen Durchschnittswerte aus den Bewertungen der einzelnen Kriterien dar, auf einer Skala zwischen 1 (tiefe Bewertung) und 3 (hohe Bewertung). Die Bewertung der Kriterien erfolgte gemäss Codebuch (siehe Anhang 1).

5. Diskussion und Schlussbetrachtung

Dieser Artikel untersucht die Forschungsfragen *Inwiefern unterscheidet sich die digitale Anwendung eines Partizipationsinstrumentes im Vergleich zur analogen? Welche Unterschiede lassen sich bezüglich Prozessen, Ergebnissen und Akzeptanz feststellen?* Es wurde gezeigt, wie sich Partizipation im Kontext der digitalen Transformation der Verwaltung einordnen lässt. Um Unterschiede von einer digitalen zu einer analogen Anwendung derselben Partizipationsinstrumente aufzuzeigen, wurden in einem ersten Schritt Idealtypen der ausgewählten Partizipationsinstrumente, die sowohl digital als auch analog von Verwaltungen eingesetzt werden können, erstellt. In einem zweiten Schritt wurden Kriterien aus der bestehenden Literatur abgeleitet, die eine Bewertung der Partizipationsinstrumente ermöglichen.

Die Resultate aus der Bewertung zeigen, dass sich die digitale Anwendung eines Partizipationsinstrumentes nicht grundsätzlich von der analogen unterscheidet. Bezüglich der Prozesskriterien *Zugänglichkeit, Zeitaufwand, Kosten zur Bereitstellung* und sowie dem Ergebnis- und Akzeptanzkriterium *Inklusion* schneiden die digitalen Instrumente besser ab als ihre analogen Varianten. Die analoge Form des Partizipationsinstrumentes erreicht eine bessere Bewertung bezüglich der Ergebnis- und Akzeptanzkriterien *Argumentationsmöglichkeit* sowie *Aktivierungspotential*. Die digitalen Partizipationsinstrumente scheinen somit den analogen insbesondere bezüglich der angewendeten Prozesskriterien überlegen zu sein, wie das von verschiedenen Autoren bereits festgehalten wurde (vgl. Kakabadse et al. 2003; Lupia 2009; Mossberger et al. 2008; Pina & Torres 2016). Das Argument von Demokratietheoretiker Dahl (vgl. Feick 2007), dass durch E-Partizipation die Transparenz gesteigert werden kann, kann die vorliegende Auswertung nicht bestätigen; digitale und analoge Form erreichen dieselbe (hohe) Bewertung. Ebenso unterstützt die Auswertung die Aussage, dass E-Partizipationsinstrumente gegenüber analogen Varianten auch Risiken mit sich bringen: In den Bereichen Argumentationsmöglichkeiten und Aktivierungspotential erzielen die digitalen Instrumente eine tiefere Bewertung als ihre analogen Varianten. Dies deutet darauf hin, dass die Diskursqualität bei digitalen Partizipationsinstrumenten tiefer ist, was sich schliesslich gemäss Steenbergen et al. (2003) auf die Qualität der Ergebnisse aus dem Partizipationsverfahren auswirkt. Der Zusammenhang zwischen digitaler oder analoger Form eines Partizipationsinstrumentes und der resultierenden Diskursqualität muss in einer Folgestudie untersucht werden.

Eine Verallgemeinerung der Ergebnisse ist auch aufgrund der folgenden Limitationen der Untersuchung nur beschränkt möglich: Dieser explorative Artikel hat nicht den Anspruch, eine repräsentative Auswahl von Partizipationsinstrumenten zu präsentieren. Vielmehr stand bei der Auswahl der direkte Vergleich digitaler und analoger Instrumente im Fokus. Dabei wurde aus den erläuterten Gründen ein theoretisches Modell einem empirischen vorgezogen. Es sind standardisierte Auswertungen von Praxisbeispielen oder vergleichende Experimente zwischen digitalen und analogen Instrumenten notwendig, um diese theoriebasierten Ergebnisse zu überprüfen. Weiter gibt dieser Artikel keine Auskunft darüber, in welcher Situation ein digitales oder ein analoges Instrument zu verwenden wäre. Auch diese Fragestellung müsste in einer zukünftigen Arbeit detailliert untersucht werden.

Abschliessend gilt es festzuhalten, dass Partizipationsinstrumente ihr Potential nur dann entfalten können, wenn sie gezielt und sinnvoll eingesetzt werden (Alcántara et al. 2014). Es ist daher für Verwaltungen unerlässlich, sich den Folgen der gewählten Durchführungsart bei einem Partizipationsverfahren bewusst zu sein. In der Praxis könnte deshalb der Kriterienkatalog für Verwaltungen hilfreich sein, diese für verschiedene zur Auswahl stehende Partizipationsinstrumente abschätzen zu können und damit die Wahl eines Partizipationsverfahren zu treffen sowie für oder gegen eine digitale Durchführung zu argumentieren. Somit es durch die Anwendung des erarbeiteten Kriterienkatalogs möglich, ein passendes Instrument zielgruppengerecht auszuwählen. Weiter ist es beispielsweise für grössere Städte sinnvoll, verschiedene eingesetzte Instrumente auf einer Partizipationsplattform zu bündeln. Dabei ist es jedoch wichtig, die zu den Zielgruppen passenden Instrumente auszuwählen und dabei auch zu entscheiden, ob eine digitale, analoge oder eine Kombination der beiden besser geeignet ist.

Anhang

Anhang 1: Codebuch für Codierung der idealtypischen Partizipationsinstrumente

Tabelle I: Codebuch Prozesskriterien.

Prozesskriterien	1	2	3	Nicht beurteilbar
Zugänglichkeit	Schwierige Zugänglichkeit; Hoher Schwierigkeitsgrad, teilzunehmen	Mittlere Zugänglichkeit; Mittlerer Schwierigkeitsgrad, teilzunehmen	Einfache Zugänglichkeit; Tiefer Schwierigkeitsgrad, teilzunehmen	
Zeitaufwand für Teilnehmende	Grosser Zeitaufwand (ab 4 Tage)	Mittlerer Zeitaufwand (2–3 Tage)	Kleiner Zeitaufwand (bis 1 Tag)	Das Kriterium ist aufgrund der vorhandenen Angaben nicht beurteilbar
Kosten für Partizipationsprozess	Hohe Kosten	Mittlere Kosten	Tiefe Kosten	
Argumentationsmöglichkeit	Keine Argumentationsmöglichkeit (keine Möglichkeit, Meinung abzugeben)	Mittlere Argumentationsmöglichkeit	Hohe Argumentationsmöglichkeit (breite Deliberationsmöglichkeit, es kann über Ansichten diskutiert und Annahmen können richtiggestellt werden)	
Moderationsgrad	Nicht moderiert	–	Moderiert	

Anmerkung: Als Kosten werden im Rahmen dieses Beitrages die folgenden Kostenarten berücksichtigt: Verpflegung, Personal- und Raumkosten, Organisationsaufwand, Entschädigung von Teilnehmenden (analog), Plattform (Nutzung oder Erstellung) und Personalkosten (Pflege, Moderation, Auswertung) (digital). Es gilt anzumerken, dass es sich dabei um eine relative Bewertung der Idealtypen im Vergleich zu einander anhand der aufgestellten Kriterien handelt. Die Begründung für dieses Vorgehen liegt darin, dass durch die Bewertung von Idealtypen die Unterschiede der Instrumente nur auf ihre Art der Durchführung (analog oder digital) zurückzuführen sind. Somit ist beispielsweise eine monetäre Kategorisierung des Kriteriums Kosten nicht möglich, sondern nur qualitative Unterscheidung.

Tabelle II: Codebuch Ergebnis- und Akzeptanzkriterien.

Ergebnis-/ Akzeptanzkriterien	1	2	3	Nicht beurteilbar
Inklusion	Tief (kleiner Kreis ausgewählter Teilnehmenden/ reine Auswahl)	Mittel (offen für Teilnehmende aus best. Bevölkerungsgruppen/ Auswahl der Gruppe, innerhalb der Gruppe Selbstselektion)	Hoch (offen für gesamte Bevölkerung/ reine Selbstselektion)	
Integrationskraft	Tief (Instrument greift nur auf einer Stufe des Politikzyklus ein)	Mittel (Instrument greift auf mind. zwei aber nicht allen Stufen des Politikzyklus ein)	Hoch (Instrument greift auf allen Stufen des Politikzyklus ein)	Das Kriterium ist aufgrund der vorhandenen Angaben nicht beurteilbar
Transparenz	Keine (Einsichtnahme ist de facto oder offiziell nicht möglich)	Mässig (Einsichtnahme ist grundsätzlich möglich aber mit gewissen Hürden verbunden, z.B. grosser Aufwand, hohe Kosten etc./Einsichtnahme ist nur teilweise möglich)	Vollständig (Einsichtnahme ist zeitnah, ohne grossen Aufwand und für alle Bereiche und alle Interessierten möglich)	

(Contd.)

Ergebnis-/ Akzeptanzkriterien	1	2	3	Nicht beurteilbar
Aktivierungspotential	Keine Überwindungshilfe (Teilnahme erfolgt aufgrund intrinsischer Motivation der Interessierten)	Passive Überwindungshilfe (Erleichterte Bedienung für wenig Interessierte, z.B. einfache Sprache und Erklärungen des Sachverhaltes)	Aktive Überwindungshilfe (Promotion für das Verfahren, gezielte Ansprache zur Teilnahme, aktive Hilfe bei Verständnisprobleme)	
Einflussmacht	Tief (Geringe Reichweite, keine Verpflichtung, die erzielten Ergebnisse zu berücksichtigen, resp. getroffene Entscheidungen umzusetzen)	Mittel (Entweder nur geringe Reichweite oder fehlende Verpflichtung zur Berücksichtigung und Umsetzung)	Hoch (Hohe Reichweite und bindende Verpflichtung zur Berücksichtigung und Umsetzung)	

Anmerkung: Es gilt anzumerken, dass es sich dabei um eine relative Bewertung der Idealtypen im Vergleich zu einander anhand der aufgestellten Kriterien handelt. Die Begründung für dieses Vorgehen liegt darin, dass durch die Bewertung von Idealtypen die Unterschiede der Instrumente nur auf ihre Art der Durchführung (analog oder digital) zurückzuführen sind. Somit ist beispielsweise eine monetäre Kategorisierung des Kriteriums Kosten nicht möglich, sondern nur qualitative Unterscheidung.

Konkurrierende Interessen

Der Autor hat keine konkurrierenden Interessen zu deklarieren.

CRedit author statement

Damaris Fischer: Conceptualization, Visualization, Writing – Original Draft, Writing – Review & Editing

Fabio Brändle: Methodology, Formal analysis, Investigation, Data Curation, Visualization, Project administration, Writing – Original Draft

Alexander Mertes: Writing – Review & Editing

Lyn E. Pleger: Conceptualization, Methodology, Writing – Review & Editing, Supervision

Alexander Rhyner: Methodology, Formal analysis, Investigation, Data Curation, Visualization, Project administration, Writing – Original Draft

Bettina Wulf: Methodology, Formal analysis, Investigation, Data Curation, Visualization, Project administration, Writing – Original Draft

Literaturverzeichnis

Alcántara, S., Bach, N., Böhm, B., Diener, H.-L., Kuhn, R., Renn, O., Schröder, C., Ulrich, P., & Watt, H. (2014). *DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipati-ver Verfahren für den Transformationsprozess*. Dessau-Rosslau: Umweltbundesamt.

Benighaus, L., & Benighaus, C. (2014). Selbstorganisation in Beteiligungsverfahren: OpenSpace-Konferenz im EU Projekt INPROFOOD zum Thema Ernährung und Gesundheit. In J. Hilpert & S.-K. Wist (Hrsg.), *Stuttgarter Beiträge zur Risikound Nachhaltigkeitsforschung. Innovativ und partizipativ Einblicke in die Arbeit von DIALOGIK; ein Beitrag zum 10-jährigen Jubiläum von DIALOGIK*. Universitätsbibliothek der Universität Stuttgart. Abgerufen von Speyer <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:93-opus-92179>

Bertelsmann Stiftung. (2015). *Beteiligungskompass*. Beteiligungskompass. Abgerufen von <http://www.beteiligungskompass.org/article/index/method#1500>

Boje, C., & Masser, K. (2014). *Bestandsaufnahme Demokratie und Bürgerbeteiligung 2014*. Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

Bolzendahl, C., & Coffé, H. (2013). Are 'Good' Citizens 'Good' Participants? Testing Citizenship Norms and Political Participation across 25 Nations. *Political Studies*, 61(S1), 45–65. DOI: <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12010>

- Boyd, D. S., Bell, J., Doyle, D., Hammond, P., Weeks, J., Winnick, R., & Schwartz, M.** (1999). *Assessing the Effectiveness of Project-Based Public Involvement Processes: A Self-Assessment Tool for Practitioners*. Abgerufen von <http://ncdd.org/rc/wp-content/uploads/2008/12/AssessingPublicInvolvement.pdf>
- Bundesamt für Raumentwicklung.** (2016). *Erste Schritte der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Abgerufen von https://www.are.admin.ch/are/de/home/medien-und-publikationen/publikationen/nachhaltige-entwicklung/switzerland_s-initial-steps-towards-the-implementation-of-the-20.html
- Cahlikova, T.** (2015). Introduction of e-Participation in Switzerland: Impact of transparent policy-making and of the empowerment of citizens. *Jahrbuch Der Schweizerischen Verwaltungswissenschaften* 6(1), 49–60. DOI: <https://doi.org/10.5334/ssas.80>
- Coleman, S., & Götze, J.** (2003). Bowling Together. Online Public Engagement in Policy Deliberation, by Stephen Coleman and John Gotze. *Information Polity*, 7(4), 247–252. DOI: <https://doi.org/10.3233/IP-2002-0021>
- Dietrich, S., Stoll, A., & Brüesch, C.** (2018). Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – Einflussfaktoren für die Entwicklung von Smart Government in der Schweiz auf subnationaler Ebene. *Jahrbuch Der Schweizerischen Verwaltungswissenschaften*, 9(1), 80–95. DOI: <https://doi.org/10.5334/ssas.121>
- Feick, J.** (2007). Demokratische Partizipation im Zeitalter des Internets. In U. Dolata & R. Werle (Hrsg.), *Gesellschaft und die Macht der Technik. Sozioökonomischer und institutioneller Wandel durch Technisierung*. (S. 221–237). Frankfurt/Main; New York: Campus.
- Fels, D.** (2015). *Leitfaden Partizipation Winterthur*. FHS St. Gallen, Kompetenzzentrum; Soziale Räume SR-FHS. Abgerufen von <https://stadt.winterthur.ch/themen/die-stadt/winterthur/zusammenleben-vereine/partizipation/leitfaden-partizipation/leitfaden-partizipation-winterthur.pdf/view>
- Generalitat de Catalunya.** (o. J.). *Participa Gencat*. Abgerufen von <https://participa.gencat.cat/>
- Gläser-Zikuda, M.** (2015). Qualitative Auswertungsverfahren. In H. Reinders, H. Ditton, C. Gräsel, & B. Gniewosz (Hrsg.), *Empirische Bildungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-19992-4_9
- Involve.** (2018). *Methods*. Method. Abgerufen von <https://www.involve.org.uk/resources/methods>
- Kakabadse, A., Kakabadse, N. K., & Kouzmin, A.** (2003). Reinventing the Democratic Governance Project through Information Technology? A Growing Agenda for Debate. *Public Administration Review*, 63(1), 44–60. DOI: <https://doi.org/10.1111/1540-6210.00263>
- Kersting, N.** (2014). Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01028-7>
- Klages, H.** (2011). Bürgerbeteiligung im kommunalen Raum. Erfahrungen mit dem Instrument Bürgerpanel. In K. Beck & J. Ziekow (Hrsg.), *Mehr Bürgerbeteiligung wagen* (S. 119–125). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-93065-7_10
- Koller, D.** (2017). *Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz*. [Universität Bern]. Abgerufen von https://boris.unibe.ch/107828/1/17koller_d.pdf
- Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung.** (1992). *AGENDA 21 Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung*. Abgerufen von https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf
- Kubicek, H.** (2014). Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01028-7>
- Kubicek, H., & Aichholzer, G.** (2016). Closing the Evaluation Gap in e-Participation Research and Practice. In G. Aichholzer, H. Kubicek, & L. Torres (Hrsg.), *Evaluating e-Participation* (Bd. 19, S. 11–45). Cham: Springer International Publishing. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-25403-6_2
- Kubicek, H., Lipa, B., & Trénel, M.** (2008). *«E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government»*. Bremen: Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib).
- Le Blanc, D.** (2020). *E-participation: A Quick Overview of Recent Qualitative Trends* (UN Department of Economic and Social Affairs (DESA) Working Papers Nr. 163; UN Department of Economic and Social Affairs (DESA) Working Papers, Bd. 163). DOI: <https://doi.org/10.18356/0f898163-en>
- Leitner, M.** (2018). *Digitale Bürgerbeteiligung: Forschung und Praxis, Chancen und Herausforderungen der elektronischen Partizipation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21621-4>

- Lijphart, A.** (1997). Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. *The American Political Science Review*, 91(1), 1–14. JSTOR. DOI: <https://doi.org/10.2307/2952255>
- Lupia, A.** (2009). Can Online Deliberation Improve Politics? Scientific Foundations for Success. In T. Davis & S. Gangadharan (Hrsg.), *Online Deliberation: Design, Research and Practice* (S. 59–69.). Chicago: Center for the Study of Language and Information. DOI: <https://doi.org/10.2139/ssrn.1154649>
- Magistratsdirektion der Stadt Wien.** (2015). *Wien digt anders. Digitale Agenda*. <http://www.digitaleagenda.wien/download-file.php?id=4&f=digitale-agenda-kurzfassung.pdf>
- Mayring, P., & Fenzl, T.** (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 543–548). Wiesbaden: Springer VS. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_38
- Mertes, A., Pleger, L. E., Bossert, P. B., Keller, A., & Schmidli, F. H.** (2020). Digitalisierungsfortschritt föderaler Einheiten: Ein Vergleich der Ausgestaltungen kantonaler ePlattformen in der Schweiz. *Swiss Yearbook of Administrative Sciences*, 11(1), 38–54. DOI: <https://doi.org/10.5334/ssas.132>
- Michels, A., & De Graaf, L.** (2010). Examining Citizen Participation: Local Participatory Policy Making and Democracy. *Local Government Studies*, 36(4), 477–491. DOI: <https://doi.org/10.1080/03003930.2010.494101>
- Mossberger, K., Tolbert, C. J., & McNeal, R. S.** (2008). *Digital citizenship: The internet, society, and participation*. Cambridge, Mass: MIT Press. DOI: <https://doi.org/10.7551/mitpress/7428.001.0001>
- Nanz, P., & Fritsche, M.** (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Naranjo Zolotov, M., Oliveira, T., & Casteleyn, S.** (2018). E-participation adoption models research in the last 17 years: A weight and meta-analytical review. *Computers in Human Behavior*, 81, 350–365. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.chb.2017.12.031>
- Norris, P.** (2002). *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism* (1. Aufl.). Cambridge University Press. DOI: <https://doi.org/10.1017/CBO9780511610073>
- OECD.** (2001). *Citizens as Partners: OECD Handbook on Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making*. OECD. DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264195578-en>
- Open Data Network.** (2007). *Open Government Data Principles*. Abgerufen von https://public.resource.org/8_principles.html
- Pickel, S.** (2012). Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger – ein Blick auf Empirie. In G. Weisseno & H. Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln: Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 39–57). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pina, V., & Torres, L.** (2016). The Managers' View of Participation Processes with Citizen Panels. In G. Aichholzer, H. Kubicek, & L. Torres (Hrsg.), *Evaluating Public Participation in Policy Making—OECD* (S. 289–306). Cham: Springer International Publishing. Angerufen von <https://www.oecd.org/gov/evaluatingpublicparticipationinpolicymaking.htm#B3>. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-25403-6_14
- Porwol, L., Ojo, A., & Breslin, J.** (2013). On the Duality of E-Participation – Towards a Foundation for Citizen-Led Participation. In A. Kő, C. Leitner, H. Leitold, & A. Prosser (Hrsg.), *Technology-Enabled Innovation for Democracy, Government and Governance* (Bd. 8061, S. 211–225). Berlin, Heidelberg: Springer. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-642-40160-2_17
- Reichert, D., & Panek, E.** (2014). Alles ist im Fluss – die fließenden Ebenen einer Liquid Democracy. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (pp. 299–310). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01028-7>
- Renner, P., & Küpper, J.-P.** (2017). *Risikopartizipation bei komplexen Infrastrukturprojekten am Beispiel von Stuttgart 21*. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017.
- Rowe, G., & Frewer, L. J.** (2000). Public Participation Methods: A Framework for Evaluation. *Science, technology & Human Values*, 1(25), 3–29. DOI: <https://doi.org/10.1177/016224390002500101>
- Schenk, B., & Dietrich, A.** (2018). Die Digitale Transformation als Disruption der öffentlichen Verwaltung. In C. Arnold & H. Knödler (Hrsg.), *Die informatisierte Service-Ökonomie* (S. 261–275). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-21528-6_12
- Sintomer, Y., Herzberg, C., & Röcke, A.** (2010). *Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92176-1>
- Steenbergen, M. R., Bächtiger, A., Spörndli, M., & Steiner, J.** (2003). Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. *Comparative European Politics*, 1(1), 21–48. DOI: <https://doi.org/10.1057/palgrave.cep.6110002>

- Steinbach, M., Sieweke, J., & Süß, S.** (2019). The diffusion of e-participation in public administrations: A systematic literature review. *Journal of Organizational Computing and Electronic Commerce*, 29(2), 61–95. DOI: <https://doi.org/10.1080/10919392.2019.1552749>
- Verba, S., Schlozman, K. L., & Brady, H. E.** (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Harvard University Press.
- Zheng, Y., Schachter, H. L., & Holzer, M.** (2014). The impact of government form on e-participation: A study of New Jersey municipalities. *Government Information Quarterly*, 31(4), 653–659. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.giq.2014.06.004>
- Zittel, T.** (2007). Participatory Democracy and Political Participation. In T. Zittel & D. Fuchs (Hrsg.), *Participatory Democracy and Political Participation: Can Participatory Engineering Bring Citizens Back in?* (S. 9–28). London: Routledge. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780203969311>

How to cite this article: Fischer, D., Brändle, F., Mertes, A., Pleger, L. E., Rhyner, A., & Wulf, B. (2020). Partizipation im digitalen Staat: Möglichkeiten und Bedeutung digitaler und analoger Partizipationsinstrumente im Vergleich. *Swiss Yearbook of Administrative Sciences*, 11(1), pp.129–144. DOI: <https://doi.org/10.5334/ssas.141>

Submitted: 15 April 2020 **Accepted:** 07 September 2020 **Published:** 24 September 2020

Copyright: © 2020 The Author(s). This is an open-access article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution 4.0 International License (CC-BY 4.0), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original author and source are credited. See <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.



Swiss Yearbook of Administrative Sciences is a peer-reviewed open access journal published by Ubiquity Press.

